

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 23 – Erhalt der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe, Antrag SPD 17/654

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Marret Bohn:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 398.10 / 07.07.2010

Die freiberufliche Geburtshilfe ist unverzichtbar!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schwangerschaft ist keine Krankheit und Geburt keine Operation. Schwangerschaft und Geburt sind natürliche Vorgänge. So einfach ist das. Geburten müssen nicht in hoch spezialisierten Kliniken unter Einsatz von Narkose und technischen Apparaten durchgeführt werden. Das ist bei einer normal verlaufenden Schwangerschaft nicht erforderlich. Die Entwicklungen in der Geburtshilfe und der Schwangerenbetreuung, die zu mehr Sicherheit für Mutter und Kind geführt haben, sind gut und richtig.

Wir können uns glücklich schätzen, dass die Säuglings- und Müttersterblichkeit in Deutschland kontinuierlich und deutlich gesunken ist. Trotzdem – nicht jede Schwangerschaft ist risikobehaftet, nicht jede Geburt muss eingeleitet und nicht jedes Kind muss per Kaiserschnitt entbunden werden.

Es ist richtig, Eltern über alle Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik, Schwangerschaftsbegleitung und Geburtshilfe aufzuklären. Wer sich zu Hause oder im Geburtshaus besser aufgehoben fühlt, dem soll diese Möglichkeit offen stehen.

Entscheiden kann allerdings nur, wer Alternativen hat. Das ist der Kern des Problems. Die freiberufliche Geburtshilfe ist in ihrer Substanz gefährdet. Wir steuern auf das bittere Ende der freien Hebammen zu. Die Gebühren, die eine freie Hebamme für ihre Dienstleistungen bekommt, sind mager. Sie erhält für eine Hausgeburt 652 Euro.

Eine normale Klinikgeburt kostet die Krankenkasse 2405 Euro. Für potentielle Risiken muss die freiberufliche Hebamme – anders als in der Klinik – allein gerade stehen. Deshalb ist für sie eine Haftpflichtversicherung unverzichtbar.

Bundesweit gibt es nur noch fünf Versicherungsunternehmen, die Hebammen in der Geburtshilfe versichern. Die Haftpflichtgebühren sollen deutlich steigen. Aktuell läuft hierzu ein Schiedsstellenverfahren. 500 der bundesweit 4.000 Hebammen, die Geburten begleiten, haben ihren Rückzug aus dem ambulanten Bereich angekündigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schleswig-Holstein gehen die Kinder aus und diejenigen, die ihnen auf die Welt helfen, werden im Stich gelassen. Das dürfen wir nicht zulassen. Das würde bedeuten, dass Frauen künftig nicht mehr die freie Wahl über die Art der Geburt ihres Kindes haben. Ohne freiberufliche Hebammen wird es keine Belegentbindung, keine ambulante Entbindung in Geburtshäusern und keine Hausgeburten mehr geben. Was bleibt, ist die klassische Klinikentbindung. Nicht von allen gewünscht und auch noch teurer.

Damit würde unwiederbringlich ein Stück der jahrhundertealten Kultur und Kompetenz der Hebammen verloren gehen. Wir Grünen wollen, dass die freie Hebammentätigkeit erhalten bleibt.

Der Petitionsausschuss des Bundestages sieht im Bezug auf freie Hebammen keinen Handlungsbedarf. Das ist kurzsichtig. Der Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums zeigte sich im Anhörungsverfahren unzureichend informiert. Das ist eine Blamage für die FDP. Die Bundesregierung konnte auf Anfragen der grünen Bundestagfraktion in den Jahren 2006 und 2009 zum Angebot und zur Einkommenssituation von Hebammen wenig sagen. Der aktuelle Bundestagsantrag meiner Fraktion zur Situation der Hebammen schlummert im Ausschuss.

So geht es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht es nicht! Die Bundesregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stellen. Wir Grünen fordern mehr Einsatz für den Erhalt der Hebammenarbeit.

Deshalb freue ich mich über den Antrag der SPD. Ja, wir Grünen halten die freie Geburtshilfe für unverzichtbar. Ja, wir wollen sie in Schleswig-Holstein flächendeckend erhalten. Ja, wir sind der Meinung, dass Hebammen eine angemessene, eine höhere Vergütung ihrer Dienstleistungen bekommen müssen. Und allen Schwangeren müssen die gleichen Leistungen offen stehen. Unabhängig davon, ob sie gesetzlich oder privat krankenversichert sind. Das ist uns Grünen wichtig.

Was die Zukunft der Hebammenarbeit angeht: Für uns Grünen sage ich ganz klar: Wir wollen, dass auch weiterhin ambulante Geburten möglich sind. Für alle Schwangeren, die sich das wünschen. Ich beantrage weitere Beratung im Sozialausschuss. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
